



Am 22. Juni lief die vom Thüringer Umweltministerium gesetzte Frist zur Abgabe einer Stellungnahme zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) und der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (EG-HWRM-RL) ab. Alle Stellungnahmen und Einwendungen mussten bis dahin im Landesverwaltungsamt bzw. der Landesanstalt für Umwelt und Geologie (TLUG) vorliegen. Eine Ausnahme bildet das Flusseinzugsgebiet der Weser: Hier kann zu Maßnahmen der EG-WRRL noch bis zum 13. Oktober 2015 Stellung genommen werden (siehe Kasten).

Der TBV hat sich im Interesse seiner Mitgliedsbetriebe am offiziellen Anhörungsverfahren der WRRL/HWRM-RL mit einer ausführlichen Stellungnahme beteiligt. Besonders kritisch wird der Flächenbedarf gesehen, der mit der Umsetzung von Maßnahmen beider EU-Richtlinien zu erwarten ist. Flächenverluste bzw. massive Wertminderungen landwirtschaftlicher Flächen durch Nutzungseinschränkungen können die Folge sein. Der TBV fordert diesbezüglich er-

Ehrliche Chance für Kompromisse

Im Anhörungsverfahren zur Umsetzung der **EU-Wasserrahmenrichtlinie** und zum Hochwasserschutz in Thüringen hat der TBV im Interesse seiner Mitglieder umfänglich Stellung genommen und praktikable Lösungen gefordert.

neut intelligente und praktikable Lösungsstrategien, um den Flächenverbrauch erheblich zu reduzieren. Dabei muss Kompromiss- und Alternativlösungen eine ehrliche Chance gegeben werden. Landwirtschaftliche Belange und betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten sind genauso wie das Eigentums-, Pacht- und Förderrecht zu akzeptieren und in der



Thüringer
Bauernverband e.V.

Gesamtumsetzung zu berücksichtigen. Sind Flächenentzüge oder Nutzungseinschränkungen unvermeidbar, so sind aus Sicht des TBV klare Entschädigungsregelungen zu schaffen und anzuwenden.

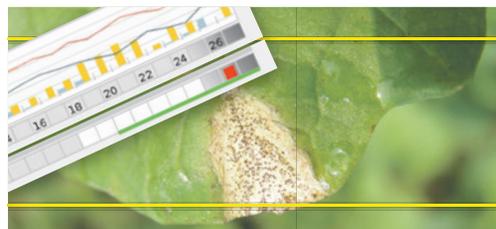
Hinsichtlich der Reduzierung der stofflichen Belastungen aus der Landwirtschaft (Stickstoff und Phosphor) spricht sich der TBV gegen weitere Verschärfungen des Ordnungsrechts und für den kooperativen Weg auf freiwilliger Basis aus. Die Erarbeitung einer zielgenauen und effizienten Landesmaßnahme zur Reduzierung des N-Austrags wird als sinnvoll erachtet.

Die TBV-Stellungnahme zur WRRL/HWRM-RL ist für Verbandsmitglieder im internen Bereich der TBV-Homepage www.tbv-erfurt.de (Mitgliederservice - Downloads) einsehbar.
BEATE KIRSTEN/TBV

Ansprechpartner für Fragen im Gewässer- und Hochwasserschutz in der Landesgeschäftsstelle des TBV ist Dipl.-Ing. agr. Beate Kirsten, Tel. (03 61) 26 25 32 35.

Mitreden!

Neben den Verbänden sind u. a. auch Eigentümer und Bewirtschafter aufgerufen, sich an der Anhörung mit Stellungnahmen zu beteiligen. Für Maßnahmen an Oberflächengewässern der Flussgebiets-einheit Weser ist Abgabefrist der 13. Oktober 2015. Dies betrifft: Walse, Frieda-Rosoppe, Untere Nesse, Untere Hörsel, Obere Hörsel mit Leina, Öchse, Schwarza-Untere Hasel, Obere Hasel, Obere Felda, Schwarzbach, Rosa, Katzbach, Herpf, Sülze, Parthe-Bibra-Jüchsen, Obere Werra bis Schwaba. BK



RAPOOL-Online-Service: www.rapool.de

PHOMA-PROGNOSE

proPlant-Modul speziell für Ihre Region.



DIE LANDESANSTALT FÜR LANDWIRTSCHAFT INFORMIERT

Energiepflanzenanbau und Klimaschutz

Mit der Strombereitstellung durch Biomassevergasung werden fossile Brennstoffe ersetzt und vergleichsweise weniger Treibhausgase ausgestoßen. Die Landwirtschaft steht jedoch wegen der Emission klimaschädlicher Gase in der Kritik. Deshalb ist es notwendig, auch für den Substratanbau nachhaltige Produktionswege zu beschreiten, um vorhandene Einsparungspotenziale voll auszuschöpfen. Das EVA-Projekt vergleicht bundesweit Energiepflanzenfruchtfolgen und Bewirtschaftungsregime hinsichtlich ihrer standortbezogenen Produktivität. Das im Projekt u. a. entwickelte Modell MiLA verwendet empirische Versuchsdaten und Standortparameter, um die emittierten Treibhausgase Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄) und Lachgas (N₂O) zu bilanzieren und als CO₂-Äquivalente wiederzugeben. Dabei werden indirekte Emissionen, entstehend bei der Herstellung von Betriebsmitteln (Mineraldünger, Pflanzenschutzmittel usw.) in vorgelagerten Bereichen, und direkte Emissionen durch Dieserverbrauch bei der Bewirtschaftung oder

durch Feldemissionen unterschieden. Die Klimaschutzbewertung erfolgt für Gesamtertragsfolgen sowie für die in die Fruchtfolgen integrierten Kulturen unter Berücksichtigung verschiedener Anbau- und Düngungsregime. Im Vergleich einzelner Kulturen und Fruchtfolgekombinationen verursacht der Anbau von Wintertriticale-Ganzpflanzensilage mit 12,7 kg CO₂-Äq/ha auf dem Gunststandort Dornburg die geringsten produktbezogenen Emissionen. Auch der Mais liegt aufgrund der effizienten Stickstoffumsetzung und der Substrateigenschaften auf einem niedrigen Emissionsniveau, trotz hoher flächenbezogener Emissionen und Stickstoffaufwendungen. Die aufwandsintensiven Zweikultursysteme dagegen bieten bei hoher Flächeneffizienz geringere Emissionseinsparungspotenziale. Extensivierungsansätze, z. B. mit mehrjährigem Luzernegras bei niedrigem Stickstoffaufwand und adäquater Ertragsleistung, zeigen geringe produktbezogene Emissionen. Auch die höheren, mit den Arbeitsaufwendungen kombinierten Emissionen (Mehrschnittigkeit und Anwelke) egalisieren die an die Düngung gekoppelten verringerten Emissionen nicht. Somit wird deutlich, dass ei-

ner angepassten Fruchtfolgeplanung auch in Bezug auf Klimaschutz eine Schlüsselfunktion zukommt.

Geschlossene Nährstoffkreisläufe durch eine Gärreückführung wirken klimaschonender als eine mineralische Düngung. In den Versuchen konnten bei gleichem Ertragsniveau mit vollständiger Substitution der Mineraldüngung durch Gärrestdüngung die Gesamtemissionen auf unter 50 % gesenkt werden. Auch die Kombination von mineralischer Düngung und Gärrestgaben zeigten Einsparungspotenziale. Quantitativ und zeitlich an die Kulturentwicklung angepasste Düngergaben vermeiden Stickstoffüberhänge. Die Vorteile organischer und mineralischer Düngung können kombiniert werden. Jedoch bedingen die mehrfach geteilten Stickstoffgaben vergleichsweise höhere Feldemissionen. Effektive Applikationstechniken und eine Berücksichtigung der optimalen Ausbringungsbedingungen können dem entgegenwirken. Angepasste Intensitäten der Bearbeitung oder reduzierte Bodenbearbeitung vermindern den Dieserverbrauch und daran gekoppelte Emissionen. JENS ECKNER, TLL www.eva-verbund.de